



DAUERBRENNER. Die Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates liegt seit Jahren pfannenfertig in den Schubladen der SVP-Parteileitung. Schon am Wahlabend im Oktober 2003 verknüpfte die Partei ihre Forderung, Christoph Blocher in den Bundesrat zu wählen, mit

der Drohung, andernfalls die Initiative aus dem Köcher zu ziehen. Jetzt, nach der Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher, dürfte die Volksinitiative Teil der angekündigten Oppositionspolitik der SVP sein. SVP-Generalsekretär Gregor Rutz bezeichnet die Volkswahl

des Bundesrates als «logische Konsequenz» der Demokratie. Der Zürcher Politikwissenschaftler und SP-Nationalrat Andreas Gross dagegen schreibt, dass das Parlament geschwächt werde, wenn die Regierung auch durch eine Volkswahl legitimiert sei. Foto Keystone

Soll der Bundesrat vom Volk gewählt werden?

Rutz (SVP) und Gross (SP) argumentieren beide mit der Demokratie und kommen zu gegenteiligen Schlüssen

GREGOR RUTZ

Das in einer Demokratie – der Herrschaft des Volkes durch das Volk und für das Volk – auch die Exekutive in einer Volkswahl bestimmt wird, ist nichts Aussergewöhnliches. Im Gegenteil: Dem demokratischen Staatsgedanken folgend ist es die logische Konsequenz in einem System, welches selbst Schulpfleger und Laienrichter durch die Bürgerinnen und Bürger wählen lässt.

Der Volkswille schlägt nicht mehr auf die Zusammensetzung der Regierung durch.

Da stellt sich die Frage: Weshalb können wir Schweizer, ansonsten mit Volksrechten gut bestückt, just die Landesregierung nicht wählen?

Die Antwort findet man in der Geschichte. So war denn bei der Gründung der modernen Schweiz 1848 die Volkswahl des Bundespräsidenten durchaus diskutiert worden. Die Verfassungsrevisionskommission von 1848 lehnte damals die Volkswahl mit 22 gegen 17 Stimmen ab.

Gegen die Volkswahl zu jener Zeit sprachen vor allem organisatorische Gründe. Die zentralstaatlichen Strukturen waren schwach, Verbindungen und Kommunikationsmittel dürftig. Wie sollte da ein Wahlkampf geführt, wie konnten da die Kandidaten schweizweit bekannt gemacht werden? Man denke nur, die schweizerische Post wurde erst 1849 gegründet. Es waren also durchaus berechtigte praktische Bedenken.

Zudem hatte die Schweiz – der Sonderbundskrieg vom Herbst 1847 war eben erst beendet – die Gegensätze zwischen katholisch-konservativen und liberalen, vornehmlich protestantischen Kantonen noch nicht überwunden. Im Sinne gesamt-schweizerischer Interessen nahmen die Gründer väter Abstand von einem System, das die im Bürgerkrieg unterlegene konservative Seite eine liberale Dominanz hätte fürchten lassen. Auch das aufgrund der damaligen fragilen Situation ein berechtigter Entscheid. Dass der Bundesrat jedoch ohne Beachtung des Volkswillens bestellt würde, war niemals die Absicht. Deshalb wählt bis heute das nach den Wahlen neu zusammentretende Parlament die neue Regierung.

Wie verhält es sich heute mit der Volkswahl? Die historischen Gründe von damals zählen nicht mehr. Organisatorische Einwände kann man nicht

mehr gelten lassen. Ernster zu nehmen sind föderalistische Bedenken. Doch auch hier: Die Schweiz verfügt über viel Taktgefühl im Umgang mit ihren Minoritäten. Der freiwillige Proporz, in den meisten Kantonen praktiziert, hat sich bewährt. Und auch unsere zweisprachigen Kantone haben trotz Volkswahl problemlos eine ausgleichende Formel für ihre Kantonsregierungen gefunden. Dass sprachliche Minderheiten oder Randregionen majorisiert würden, ist deshalb auch bei einer Volkswahl des Bundesrates nicht wahrscheinlich.

Was hingegen Gewissheit ist: Der Volkswille schlägt nicht mehr auf die Zusammensetzung der Regierung durch. Im Parlament ignoriert eine überhebliche Koalition der Machtverliebten das Resultat der Parlamentswahlen. Die Wahlstiegerin und stärkste politische Kraft der Schweiz, die SVP, wurde aus der Regierung abgewählt und in die Opposition gezwungen. Da weicht der demokratische Gedanke dem Machttrieb der Classe politique. Das ist gefährlich für das Funktionieren unseres Bürgerstaates.

Es ist Zeit, nachzuholen, was die Gründer der modernen Schweiz 1848 aufgrund der damaligen speziellen Konstellation nicht einführen konnten: die Volkswahl unserer Landesregierung.



GREGOR RUTZ (34) ist Generalsekretär der SVP Schweiz und wohnt in Küsnacht (ZH).

ANDREAS GROSS

Wer mit einem Entscheid des Parlaments nicht einverstanden ist, der stellt die Entscheidungsbefugnis des Parlaments in Frage und möchte sich diese zu eigen machen. Dies ist ein klassischer direktdemokratischer Reflex und Grundlage unserer Referendumsdemokratie.

Die SVP hat diesen Reflex längst antizipiert. Sie verband schon im Oktober 2003 ihre Order an die Bundesversammlung, Christoph Blocher in den Bundesrat zu wählen, mit der Drohung, sonst eine Initiative zur Wahl des Bundesrates durch das Volk zu lancieren. Ob die der Drohung zugrunde liegende Annahme stimmt, dass Blocher vom Volk eher gewählt würde als von der Volksvertretung, ist umstritten. Erfahrungen von Hardcore-SVPlern bei Stände- oder Regierungsratswahlen deuten darauf hin, dass diese SVP-Annahme falsch ist.

Ein solcher Reflex ist weder neu noch eine Eigenheit der Rechten. Zwischen 1929 und 1939 gewann die SP zwar immer die Nationalratswahlen, scheiterte aber mit ihren Bundesratskandidaten. Ihre Konsequenz: Sie reichte 1939 eine Initiative zur Wahl des Bundesrates durch das Volk ein. Dabei orientierte sich die Linke an ihrer alten Initiative von 1898, bei der es ihr aber weniger um die personelle Zusammensetzung der Regierung als

um eine Verwaltungsreform ging. Beide Initiativen wurden deutlich verworfen.

Um die Stärkung der Demokratie im Allgemeinen oder gar der direkten Demokratie im Besonderen ging und geht es den Befürwortern der Wahl des Bundesrates durch das Volk richtigerweise nie. Denn bei der direkten Demokratie geht es immer um Sachfragen, nie um Personen. Wie unterschiedlich die entsprechenden Meinungsbildungsprozesse bei Wahlen und Abstimmungen sind, erkannte der Pionier der Volksrechte, der Zürcher

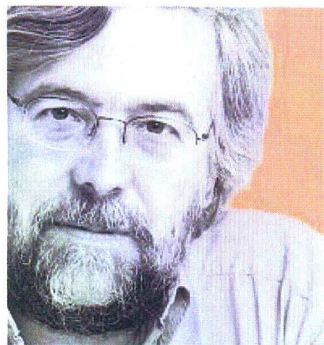
Der Demokratisierung der Demokratie ist die Direktwahl des Bundesrates nicht förderlich.

Karl Bürkli, schon 1869, als das Fernsehen und farbige Plakate noch Utopien waren. Bürkli schrieb damals, dass «sich das Volk weit eher irrt (und) weit leichter verführt werden kann, wenn es sich um Personen (Wahlen) handelt und nicht um die Beurteilung von Sachen (Abstimmungen). Aus dem einfachen Grunde, weil Herz und Nieren einer Person unendlich schwieriger zu prüfen sind als der Kern einer Sache.»

Der Demokratisierung der Demokratie ist die Forderung nach der Direktwahl des Bundesrates nicht förderlich, weil in einer modernen Demokratie die gleichgewichtige Beziehung zwischen der Regierung, dem Parlament und dem Verfassungsgericht entscheidend ist. Bekommt nun die Regierung die gleiche Legitimität wie das Parlament, so wird Letzteres ganz wesentlich geschwächt.

Illustriert werden kann dieses Argument am Beispiel Frankreich: Seit 1962 wird dort der Präsident direkt durch das Volk gewählt und seine Macht gleicht heute eher der eines alles beherrschenden demokratischen Monarchen, während das französische Parlament zu den schwächsten Europas gehört – es vermag nicht einmal seine Traktandenliste autonom festzulegen.

Christoph Blocher sind und waren solche autoritären Perspektiven nie ganz fremd. 1998 begründete er seine Idee der Volkswahl des Bundesrates mit dem Argument, dann müsste dieser nicht mehr auf Parteien und Parlament achten, sondern wäre nur noch dem Volk verpflichtet. Ein Diskurs, der im 20. Jahrhundert allen Autokraten eigen war, welche die Macht nie teilen, sondern immer auf sich allein konzentrieren wollten.



ANDREAS GROSS (55) ist Zürcher SP-Nationalrat, Präsident der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates und Politikwissenschaftler mit Spezialgebiet Fragen der Demokratie.

Forumsspiegel

Über Schulnoten ist im Online-Forum letzte Woche engagiert diskutiert worden – vor dem Hintergrund der Forderung, dass auch in Basel die Primarschüler benotet werden sollen.

Noten und Kommentar

Ich habe mal meine Primar-Zeugnisse durchgeschaut, und siehe da: Es gab Noten, aber auch Kommentare dahinter, um auf eine zum Beispiel mündliche Schwäche hinzuweisen. Ja, ja, früher war halt alles besser und heute meinen viele, das Rad müsse neu erfunden werden. **ANDY SCHAUB, BASEL**

Fair und diskussionslos

Wenn einer Klasse 20 Rechenaufgaben vorgegeben werden und jeder weiss, bei 0 Fehlern eine 6, bei 1 Fehler eine 5-6, bei 2 Fehlern eine 5 etc., so ist dies doch eindeutig fair und diskussionslos. Ich bin einverstanden, dass es bei einem Aufsatz bereits problematischer wird. Berichte aber sind zwar aufwendiger, jedoch absolut nicht aussagekräftiger. **ARNO MUMMPRECHT, BIRSFELDEN**

Noten nicht objektiv

Zu glauben, Noten seien objektiv, ist ein Irrtum. Man kann Noten nicht die gleiche Neutralität zuschreiben wie Zahlen in der Mathematik. Noten sind nicht objektiv – genauso wenig wie Berichte. Drei Lehrer – drei Noten – drei unterschiedliche Berichte. Noten sind abhängig von der Lehrperson, vom «Schüler» und von deren Beziehung zueinander. **MATTHIAS KAMBER, ST. PANTALEON**

Umfrage

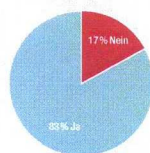
Sollen alle Schüler benotet werden?

Ein ganz klares Votum für Schulnoten hat die Kontrovers-Umfrage von baz.ch ergeben: 83 Prozent der Teilnehmenden waren der Meinung, dass alle Schülerinnen und Schüler in der Region Basel benotet werden sollen.

> www.baz.ch/kontrovers

Lernen für das Leben

In der Diskussion wird eines vergessen, nämlich, was der Sinn des Lernens ist: das Lernen für das Leben. Noten sind dazu wenig



geeignet, da sie rein retrospektiv im Sinne einer Benotung für vergangene Leistungen sind. Dabei sollte ein wirksames Qualifizierungssystem prospektiv zukünftige Leistungen und eine dauernde Lernbereitschaft fördern. Warum ein ausgeklügeltes, modernes Qualifizierungssystem ohne Noten «Wischwaschi» sein soll, muss man mir zuerst erklären. **MARTIN SCHENKER, BASEL**

Notengebung einfacher

Warum muss Basel-Stadt wiederum einen eigenen Zug fahren? In der Region haben die Basler die schlechtesten Schüler. Es wäre doch so einfach, alles über einen Leisten zu schlagen. Die Notenwerte haben in allen Kantonen den gleichen «Wert». Ob sie den Leistungen entsprechen, sei dahingestellt. In Berichten ist die richtige Wortwahl für viele Lehrer sehr schwierig und auch sehr zeitaufwendig. Die Notengebung ist viel einfacher. **URS SALVISBERG, AUGST**

baz.online

Auch zur neuen Frage, ob der Bundesrat vom Volk gewählt werden soll, können Sie im baz.ch-Online-Forum mitdiskutieren. Auf der Website werden keine persönlichen Daten veröffentlicht. Beiträge aber, die im Forumsspiegel abgedruckt werden, erscheinen wie auf den Leserbriefseiten mit Namen und Wohnort. Deshalb ist online eine Registrierung nötig. Danke für Ihre «posts». > www.baz.ch/forum